

Ausweitung der Krisenzone

13.7. 2011

Es gibt gar keine Eurokrise – meint der Bundesfinanzminister¹. Da hätte er Recht gehabt. 2009. Damals stand Griechenland das erste Mal vor der Pleite. Hätte man das Land in eine mehr oder weniger geordnete Insolvenz gehen lassen, so wie es die Mehrheitsmeinung unter den Ökonomen war, wären, wenn gewünscht, vielleicht ein paar Banken zu retten gewesen. Die Helenen jedoch hätten von einem Teil der Schuldenlast befreit den Neuanfang selbst organisieren müssen und das am besten mit dem Austritt aus der Währungsunion. Griechenland ist Kerneuropa einfach nicht ähnlich genug.

Doch so ist es nicht gekommen. Europas Politiker haben schnell ein paar Spekulanten und eine Bedrohung für den Euro erfunden, was ihnen den Grund verschaffte, den AEUV zu brechen² und eine finanzielle „Solidarität“ mit Griechenland zu organisieren, welche eigentlich verboten und ökonomisch vollkommen sinnlos ist. Allerdings schien sie Politikern wie dem Euro-Gruppen-Chef Juncker gerade recht zu kommen, um mehr europäische und weniger nationalstaatliche Verantwortung einzufordern – man könnte auch vermuten, die Mitgliedsländer und ihre Parlamente zu entmachten. Erst und nur dadurch wurde die südeuropäische Schuldenkrise zu einer Krise des Euro.

Es folgte eine beispiellose Serie von Fehlentscheidungen, die erkennen lässt, dass die Konstrukteure der Währungsunion bis heute nicht begriffen haben, welche ökonomischen Wirkungen sie mit dem Euro geschaffen haben. Die beiden Rettungsschirme haben niemanden gerettet sondern nur dafür gesorgt, dass die Gesamtverschuldung gestiegen, der Anteil privater Gläubiger aber gesunken ist - ein klassisches und zugleich erfolgloses Bail Out also. Allerdings eines der privaten Gläubigerbanken. Auch dieses niederschmetternde Ergebnis vermag Europas Politiker nicht zur Ein- und schon gar nicht zur Umkehr zu bewegen. Mit der Wut von Ertrinkenden schlagen sie nun nach den Rating-Agenturen, die mit ihrem Votum nicht mehr nur die Kreditwürdigkeit der Schuldnerstaaten bewerten sondern auch den Misserfolg der Retter dokumentieren.

Damit ist aus der griechischen Schuldenkrise nun nicht nur eine Eurokrise sondern eine mittlerweile EU-Krise geworden. Ein andauernder Vertragsbruch und in dessen Gefolge dilettierende Politiker, die mit immer weniger Legitimation den Steuerzahlern immer mehr abverlangen, stellt zunehmend das Gesamtkonstrukt infrage. Daran wird auch das Bundesverfassungsgericht nicht ganz vorbei gehen können, kluge Politik eigentlich auch nicht – wenn es die noch geben sollte. Weniger Europa wäre mehr. Weniger Euro auch. Vielleicht auch gar kein Euro mehr.

¹ <http://www.welt.de/wirtschaft/article13483670/Schaeuble-bezeichnet-Euro-als-Erfolgsgeschichte.html>

² <http://www.faz.net/artikel/C30638/euro-rettungsschirm-frankreich-gesteht-vertragsbruch-ein-30322781.html>